

MEMORANDUM 2008

Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht Alternativen zur Bedienung der Oberschicht

– Kurzfassung –

Verunsicherung, Empörung und die Rückkehr des Sozialen

1. „Druck wirkt“ – Scheinerfolge und Kleinerfolge auf dem Arbeitsmarkt
2. Die Konjunktur: Abschwung aus eigener Kraft
3. Die „weltweite Finanzkrise“ – Gefahr der Ansteckung
4. Die langfristigen Tendenzen: Niedrigere Einkommen, schlechtere Arbeit, größere Ungleichheit
5. Nach den Großprojekten des neoliberalen Umbaus
6. Alternativen
 - 6.1 Wege zur Vollbeschäftigung
 - 6.2 Kontrolle der Finanzmärkte
 - 6.3 Umverteilung von oben nach unten
7. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht

Verunsicherung, Empörung und die Rückkehr des Sozialen

Zu Beginn dieses Jahres prägt eine merkwürdige Gemengelage unterschiedlicher Wahrnehmungen und Einschätzungen das wirtschafts- und sozialpolitische Klima in Deutschland. Es lassen sich drei Diskussionsstränge erkennen: Der *erste* betrifft die Beurteilung der **wirtschaftlichen Situation und Aussichten** durch die Bundesregierung. Hier herrscht eine Mischung aus trotzigem Optimismus und der dumpfen Ahnung kommenden Ungemachs vor, für das jedoch jede Verantwortung zurückgewiesen wird. Der Aufschwung ist in dieser Sicht nach wie vor robust, und dies sei das Verdienst der Regierungspolitik. Wenn er aber dennoch nicht anhält, sondern die Abschwungskräfte stärker werden, liege das nicht an

deutscher Politik, sondern an der „weltweiten Finanzkrise“, für die die deutsche Politik bekanntlich nichts kann. Diese prompte Präsentation eines Sündenbockes ist für die Regierung sehr praktisch, weil sie die Politik entlastet und ihr erlaubt, den bisherigen Kurs der Haushaltskonsolidierung, weiteren Marktöffnung und Privatisierung fortzusetzen. Der *zweite Strang* der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion drückt die um sich greifende Erkenntnis aus, dass Deutschland nicht nur das im vergangenen Jahr gelegentlich auch von der Politik thematisierte Unterschichtenproblem, sondern offensichtlich auch ein bislang nicht thematisiertes **Oberschichtenproblem** hat. Die kaltschnäuzige Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen und produktiver Standorte durch das Management hochprofitabler

Unternehmen, die extrem hohen Sonderzahlungen und Abfindungen für gescheiterte Manager, die Kombination von Größenwahn und Gier, von Korruption und Vorteilsnahme in deutschen Spitzenunternehmen und die jüngsten Enthüllungen über die verbreitete Praxis krimineller Steuerflucht in Kreisen der Höchstverdiener – all dies hat zunächst ungläubiges Staunen und danach große Empörung bei denen ausgelöst, die nicht zu diesen Kreisen gehören. Die Integrität und Kompetenz des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Führungspersonals der Bundesrepublik steht zunehmend in Frage, und eine Welle der Diskussion über Moral in der Wirtschaft hat begonnen. Der *dritte Strang* in der aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Gemengelage besteht in dem Versuch aller maßgeblichen politischen Akteure, sich als *Fels des Sozialen* inmitten neoliberaler Brandung zu profilieren und kleine Korrekturen zuvor selbst angerichteter Grausamkeiten zu fordern und in Einzelfällen auch durchzusetzen. Dieser durch Scheinheiligkeit geprägte Strang wird durch die moralische Empörung zwar befördert, seine wesentliche Grundlage aber dürften die durch gesellschaftliche Kritik und Mobilisierungen sowie durch neue parlamentarische Konstellationen leicht veränderten politischen Kräfteverhältnisse sein – und der Blick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Derartige Korrekturen ändern an der neoliberalen Gesamtausrichtung der Politik jedoch kaum etwas: Sie sollten dennoch nicht nur als Betrugsmanöver abgetan, sondern als Hinweis darauf verstanden werden, dass Kräfteverhältnisse auch im positiven Sinne verändert werden können, und dass sich die Mühe des Kampfes für eine andere Politik durchaus lohnt, allerdings einen sehr langen Atem erfordert.

Hierzu will auch das diesjährige Memorandum beitragen. Wir wollen darin zeigen, dass die von der Regierung mit triumphierender Geste herausgestellten beschäfti-

gungspolitischen Erfolge fragwürdig sind und vor allem eine massive Entwertung der Arbeit beinhalten; dass die Konjunktur nicht robust, sondern sehr fragil ist und dies seine Ursache nicht in der amerikanischen Hypothekenkrise, sondern in der Schwäche der deutschen Binnenwirtschaft hat; dass hierin letztlich die langfristige Tendenz einer zunehmend falschen Verteilung von Einkommen, Arbeit und Macht zum Ausdruck kommt. Die Überwindung der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen und schärfer werdenden sozialen Probleme bedarf daher einer Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht, die durch starke soziale Bewegungen vorangetrieben wird und zu einer gründlichen Demokratisierung der Wirtschaft führt.

1. „Druck wirkt“ – Scheinerfolge und Kleinerfolge auf dem Arbeitsmarkt

Die Bundesregierung verweist mit besonderem Stolz darauf, dass die Zahl – minus 1,1 Millionen Personen – und die Quote – minus 2,9 Prozentpunkte – der registrierten Arbeitslosigkeit mittlerweile deutlich gegenüber dem Höchststand im Jahr 2005 zurückgegangen sind. Sie führt dies auf die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre, insbesondere auf die Hartz IV-Regelungen, zurück und zeigt sich entschlossen, die Grundlinie dieser Reformen – mehr Druck auf die Arbeitslosen – beizubehalten. Ungeachtet der jüngsten Korrektur, mit der die maximale Bezugsdauer von regulärem Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose geringfügig verlängert worden ist, bedarf diese schönfärberische Darstellung dringend der Richtigstellung, und die politische Orientierung auf ein „Weiter so“ der Kritik und des Widerstandes. Dabei ist insbesondere auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

– Da einer offenen Stelle für eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung immer noch 10 registrierte Arbeitslose ge-

genüberstehen, haben nach wie vor – trotz allen Drucks – neun Zehntel der Arbeitslosen keine Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Viele sind gezwungen, ungeschützte und unversicherte Arbeitsverhältnisse einzugehen.

– Auch wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2007 gegenüber 2006 um 700.000 auf 3,8 Millionen gesunken ist, lag sie immer noch um ein Drittel höher als 1991, dreimal höher als (in Westdeutschland) im Jahr 1981 (1,3 Millionen) und 26 mal höher als im Jahr 1971 (145.000! = Quote 0,7 Prozent). Der Hinweis auf diese historisch tatsächlich realisierten Werte soll nicht Nostalgie wecken, sondern an die Aufgabe einer an Vollbeschäftigung orientierten Beschäftigungspolitik erinnern und einer Position kritisch gegenübergestellt werden, die eine Verminderung der Arbeitslosenquote von 13 auf 10 Prozent schon als durchgreifenden Erfolg feiert.

– Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 2007 mit 26,9 Millionen Personen immer noch um über eine Million unter der des letzten konjunkturellen Höhepunktes (2000: 28,2 Millionen). Die Beschäftigungslücke in Deutschland liegt nach dem Aufschwung immer noch bei 5,6 Millionen Personen. Dabei sind alle diejenigen nicht mitgerechnet, die unfreiwillig in Teilzeitarbeit beschäftigt sind: über 70 Prozent aller teilzeitbeschäftigten Männer und rund 30 (Westdeutschland) bzw. 40 Prozent (Ostdeutschland) aller teilzeitbeschäftigten Frauen.

– Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den registrierten Arbeitslosen, der 1991 bei 17,4 Prozent gelegen hatte, und sich bis 2002 auf 34 Prozent verdoppelt hatte, lag im Jahr 2007 bei rund 40 Prozent.

– Auch die Struktur der Beschäftigung hat sich verschlechtert: Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat allein im letzten Jahr um mehr als ein Fünftel auf 731.000 Personen zugenommen. Der Anteil der Teilzeitarbeiterinnen und Teilzeitarbei-

ter an allen Beschäftigten, der 1996 bei 21,6 und 2000 bei 27,2 Prozent gelegen hatte, ist auf 33,5 Prozent gestiegen. Die Zahl der prekär – unterbezahlt, ungeschützt und/oder ohne soziale Sicherung – beschäftigten Personen ist mittlerweile von 5,1 Millionen im Jahr 2003 auf 5,9 Millionen im Jahr 2007 gestiegen. Das entspricht mehr als einem Fünftel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

– Niedriglöhne sind mittlerweile zu einer Massenerscheinung in Deutschland geworden. 6,5 Millionen Personen erhielten 2006 einen Lohn, der in Westdeutschland geringer als 9,61 Euro und in Ostdeutschland geringer als 6,81 Euro pro Stunde war. Von Niedriglöhnen betroffen sind mittlerweile 22,2 Prozent, also mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten. Gegenüber 1995 (15 Prozent) ist dieser Anteil um fast die Hälfte angestiegen. In keinem kontinentaleuropäischen Land war die Zunahme so stark wie in Deutschland, das mittlerweile bei der Niedriglohnbeschäftigung an erster Stelle unter den kontinentaleuropäischen Staaten steht. 14 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, 23,4 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten und mehr als neun Zehntel aller Minijobberinnen und Minijobber erhalten Löhne im Niedriglohnbereich. Auch Berufsausbildung und Qualifikation schützen nicht vor niedrigen Löhnen oder Gehältern: 2006 hatten drei Viertel der Betroffenen eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung. Massenhafte Niedriglöhne haben natürlich auch Folgen für das ganze Lohngefüge, das in zunehmendem Maße unter Druck gerät und nach unten ausfranst.

Nach wie vor ist die Massenarbeitslosigkeit das zentrale gesellschaftliche Problem in Deutschland. Unmittelbar und besonders hart betroffen sind hiervon in erster Linie die Arbeitslosen selbst, in zweiter Linie die Beschäftigten, die durch den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt und die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik zur Annahme prekärer – unterbezahlter, befristeter,

ungeschützter – Arbeitsverhältnisse gezwungen sind. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist darüber hinaus auch ein finanzpolitischer und gesamtwirtschaftlicher Skandal. Sie bedeutet nämlich (bei einer gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung pro Erwerbstätigen in Höhe von gut 50.000 Euro im Jahr 2007) einen Ausfall an Gütern und Dienstleistungen in Höhe von rund 300 Milliarden Euro. Die auf diesen Betrag entfallenden Abgaben würden sich auf über 100 Milliarden Euro belaufen und ausreichen, den Sozialstaat und öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und andere öffentliche Güter zu finanzieren.

2. Die Konjunktur: Abschwung aus eigener Kraft

Dass der weltweite Konjunkturaufschwung zumindest in den entwickelten Industrieländern an sein Ende gekommen ist und in einen Abschwung überzugehen droht, steht mittlerweile außer Frage. Während der letzten Monate haben alle internationalen Institutionen, alle Regierungen und Forschungsinstitute ihre Prognosen nach unten korrigiert. Die jüngste kräftige Revision einer bereits im Herbst 2007 korrigierten Prognose stammt von der EU, die im Februar 2008 für das laufende Jahr für die EU27 nur noch ein Wachstum von 2,0 Prozent (November 2007: 2,4, April 2007: 2,7), für die Eurozone von 1,8 Prozent (2,2; 2,5) und für Deutschland von 1,6 Prozent (2,1; 2,4) ankündigte und vor weiteren Risiken warnte. Auch die EU geht wie die deutsche Regierung davon aus, dass die Hauptursachen für diesen Umschwung in den Turbulenzen der Finanzmärkte liegen.

Diese Erklärung halten wir für die EU insgesamt und insbesondere für Deutschland für falsch. Die Ursachen für den konjunkturellen Abschwung in Deutschland liegen nicht in der Finanzkrise, sondern darin, dass der vorangegangene Aufschwung schwach

geblieben war und im Wesentlichen nur auf den *Exporten* und den *Investitionen* beruht hatte. Die Wirkung dieser beiden Pfeiler der Konjunktur lässt jedoch in diesem Jahr nach. Falls an ihre Stelle nicht eine kräftige Belebung des *privaten Verbrauchs* und/oder der *Staatsausgaben* tritt, wird sich die konjunkturelle Abwärtsbewegung beschleunigen, und es entsteht die akute Gefahr einer Rezession.

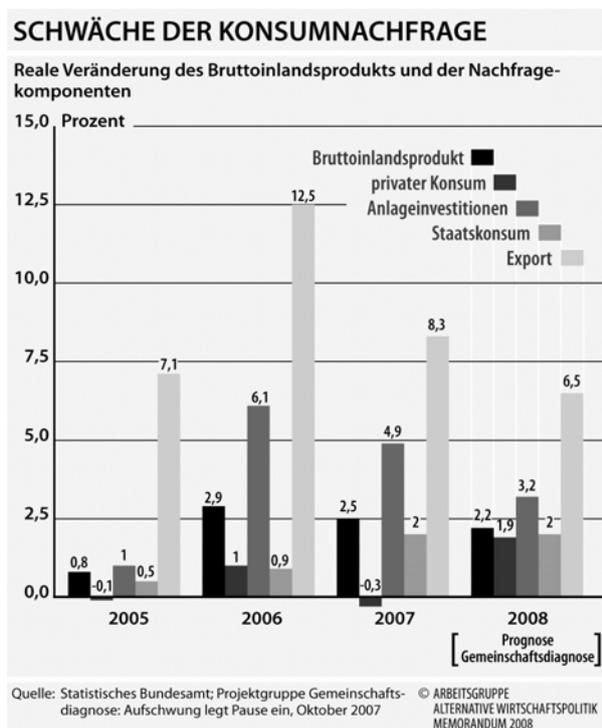
Exporte: Falsche Hoffnungen. Die Bundesrepublik ist zwar auch im vergangenen Jahr wieder Exportweltmeister geworden. Die Ausfuhren haben die Grenze zu einer Billion Euro nur sehr knapp verfehlt, der Außenbeitrag ist um 31 Prozent gestiegen und hat mit 167 Milliarden Euro neue Rekordhöhen erreicht. Allerdings trägt der im Außenbeitrag ausgedrückte Saldo aus Ausfuhren und Einfuhren in Höhe von bis zu 6 Prozent des BIP auch bei starken Exportsteigerungen nur in vergleichsweise geringem Maße zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei und ist nicht in der Lage, den Rückgang oder auch nur die Stagnation anderer ungleich gewichtigerer Elemente der Nachfrage dauerhaft auszugleichen. Überdies werden die Faktoren, die für die besonders starke Expansion der deutschen Exporte in den letzten Jahren verantwortlich waren, an Kraft verlieren: Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächt sich in diesem Jahr ab: In den USA, dem zweitgrößten Handelspartner Deutschlands, steht möglicherweise sogar eine Rezession ins Haus, und die Abwertung des Dollar beeinträchtigt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Exporte auf Drittmärkten. Ein Vertrauen darauf, dass die Konjunktur in Deutschland weiterhin von einem starken Wachstum der Exporte getragen werden wird, ist also nicht gerechtfertigt, und die Forderung, zur Stärkung der außenwirtschaftlichen Position Deutschlands weiterhin Lohnzurückhaltung zu üben, ist kontraproduktiv. Ihre Erfüllung

würde den wichtigsten Schutz gegen einen außenwirtschaftlich bedingten Konjunkturunbruch zerstören.

Investitionen: Das Ende des Zyklus. Die kräftige Zunahme der Investitionen während der letzten drei Jahre ist vor allem Ausdruck der Gesetzmäßigkeiten zyklischer Entwick-

brauchs oder der öffentlichen Ausgaben erwarten. Das ist jedoch nicht der Fall.

Privater Verbrauch: Das Geld reicht nicht. Auf den privaten Verbrauch entfällt der mit Abstand größte Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (2007 rund 55 Prozent). Er ist im Jahr 2007 real nicht nur nicht gewachsen, sondern sogar das dritte Mal seit 2001 gesunken. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Der wichtigste ist die unzureichende Entwicklung der Löhne und Gehälter, aus deren Verausgabung sich der größere Teil des privaten Verbrauchs speist. Der Rückgang der Lohnquote, die sich im langfristigen Trend seit Ende der 1970er Jahre beobachten lässt, hat sich seit Beginn dieses Jahrzehnts beschleunigt und im letzten Jahr fortgesetzt. Die Politik hat die hierdurch verursachte Schwäche der Masseneinkommen nicht gemildert, sondern durch die massive Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte oder rund 24 Milliarden Euro weiter verstärkt. Im laufenden Jahr wird der private Verbrauch zwar vermutlich nicht weiter abnehmen, aber keinesfalls ausreichen, um den Abschwung zu verhindern.



lung einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Hier müssen die Unternehmen ihre Produktionsmittel in bestimmten Abständen ersetzen und modernisieren, um im Geschäft zu bleiben. Nach der tiefen Krise zu Beginn dieses Jahrzehnts war eine solche Welle fällig. Während die Bauinvestitionen erst 2006 kräftig stiegen und sich ihr Wachstum 2007 schon wieder abschwächte, nahmen die Ausrüstungsinvestitionen seit 2004 kräftig zu. Auch deren Dynamik dürfte jedoch an ein Ende gekommen sein, denn jeder Nachhol- und Ersatzbedarf ist einmal befriedigt, und weitere (Netto-)Investitionen erfolgen ab diesem Zeitpunkt nur dann, wenn die Unternehmen auf breiter Front ein kräftiges Wachstum des privaten Ver-

Es kann nicht überraschen, dass der viel gepriesene Aufschwung nur bei einer Minderheit der Menschen in Deutschland angekommen, an der großen Mehrheit – eine Umfrage bezifferte sie mit 81 Prozent – jedoch vorbeigegangen ist. Die Wirkungen einer neuen Wachstumsschwäche oder aber eines Abschwungs werden allerdings umgekehrt sein. Er wird die kleine Minderheit der oberen Einkommensklassen relativ unberührt lassen, für die große Mehrheit der Menschen aber weitere – und massivere – Einbußen bringen.

Staatsausgaben: Schrumpfkurs statt Gegensteuern. Die Politik hat die durch die Steuererhöhung erzielten zusätzlichen Einnahmen nicht dazu genutzt, die staatlichen Ausgaben für öffentliche Güter kräftig zu

steigern, um dadurch die – aller Erfolgspropaganda zum Trotz – offensichtlichen Fehlentwicklungen und massiven Ungerechtigkeiten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zumindest ansatzweise zu korrigieren sowie zunehmende Lücken in der Infrastruktur zu schließen und so auch der gesamtwirtschaftlichen Schwäche entgegenzuwirken. Im Gegenteil: im Zentrum staatlicher Wirtschaftspolitik stand die weitere Entlastung der Unternehmen durch die Unternehmenssteuerreform sowie die Haushaltskonsolidierung durch die drastische Verringerung der staatlichen Neuverschuldung. Dieser Kurs soll nach dem Willen der Bundesregierung auch in diesem Jahr beibehalten werden. Er hat den vergangenen Aufschwung gebremst und wird die Abschwungkkräfte verstärken.

Ostdeutschland: Keine dauerhaften Impulse. Von Ostdeutschland als einem anhaltenden Sonderproblem ist in der deutschen Politik kaum noch die Rede, obgleich die Lage und Perspektive nach wie vor dramatisch sind. Zwar profitierte auch der Osten während der letzten beiden Jahre vom Aufschwung in Deutschland. Es gab Fortschritte bei der Herausbildung einiger innovativer Zentren, der Steigerung der Exporte und der Reduzierung der Haushaltsdefizite. Das veranlasste die Bundesregierung im Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit zu folgender Einschätzung: „Der Aufholprozess gewinnt im 2. Jahrzehnt der deutschen Einheit wieder an Fahrt. ... Ostdeutschland hat sich zum Land der Chancen entwickelt.“ Diese Behauptungen stehen im Gegensatz zur Wirklichkeit. Die grundlegenden strukturellen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft bestehen fort. Sie verursachen die bekannten Wettbewerbsnachteile, die einen Aufholprozess behindern. Sie reichen von einer viel zu geringen Unternehmensdichte, der Dominanz der Klein- und Kleinstbetriebe in der Unternehmenslandschaft, über Eigenkapitalschwäche, geringe Forschungs-

intensität, einen unterproportionalen Anteil von Arbeiten mit hoher Wertschöpfungsintensität, bis zur doppelt so hohen Arbeitslosigkeit. Neue Probleme kommen hinzu: Die Schwächung der Finanzkraft der neuen Bundesländer, die Folgen der demografischen Prozesse und eine zunehmende regionale Polarisierung. Diese Probleme werden durch keine „Marktautomatik“ gelöst werden. Die Politik weigert sich, durch eine Privilegierung von Ansiedlung und Wachstumsförderung im Osten die durch sie verschuldeten Strukturprobleme anzugehen.

3. Die „weltweite Finanzkrise“: Gefahr der Ansteckung

Die Wirkungen der aktuellen weltweiten Finanzkrise auf die deutsche Wirtschaft beschränken sich gegenwärtig auf – nur durch Schätzungen bezifferbare – Abschreibungsverluste, d.h. lediglich Buchverluste von Bilanzwerten für Kredite und andere Finanzanlagen, vor allem großer Banken. Hierzu gehören an prominenter Stelle auch öffentliche Institute, die sich in den vergangenen Jahren nicht auf ihre öffentlichen Aufgaben der Förderung regionaler Entwicklung konzentriert, sondern sich in unüberschaubare und spekulative Geschäfte gestürzt und Positionen als Global Player in der großen Welt der internationalen Finanzmärkte angestrebt haben. Die Empörung über diese Fehlentwicklungen mit ruinösen Folgen bei öffentlichen Banken sollte allerdings nicht den Blick darüber verstellen, dass es in erster Linie nicht diese, sondern die großen privaten Banken und Finanzinvestoren sind, die – nach dem Boom und dem Crash der New Economy-Blase Ende der 1990er Jahre – jüngst den Boom des spekulativen Kredithandels angetrieben und den Crash verursacht haben. Der Unterschied zu den öffentlichen Instituten besteht vor allem darin, dass die Privaten sich eines Teils ihrer Kreditpakete noch vor bekannt

werden ihrer Wertlosigkeit entledigt haben – vermutlich zum Teil bei eben diesen öffentlichen Instituten –, und dass sie trotz der Verlustabschreibungen in Milliardenhöhe überwiegend nicht Verluste, sondern nach wie vor Gewinne, teilweise ebenfalls in Milliardenhöhe, gemacht haben.

Ob und in welchem Umfang das Platzen der spekulativen Kreditpaket-Blase negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität und die Beschäftigung im nicht-finanziellen Sektor Deutschlands haben wird, lässt sich schwer überblicken. Drei mögliche Kanäle der Weiterverbreitung sind denkbar:

– Der erste und gefährlichste Kanal der Ansteckung wäre ein starker *Rückgang der Exportnachfrage* aufgrund der sehr viel massiveren und unmittelbareren Wirkungen der Finanzkrise in den USA und anderen Teilen der Welt. Wenn die US-amerikanische Wirtschaft in eine schwere Rezession stürzt, wird dies Konsequenzen für Produktion und Arbeitsplätze vor allem in der exportorientierten deutschen Industrie haben. Ob dies aber tatsächlich der Fall sein wird oder ob es der amerikanischen Wirtschaftspolitik nicht doch noch in letzter Minute gelingt, durch die eingeleiteten massiven antizyklischen Maßnahmen eine Rezession zu vermeiden oder jedenfalls milde zu halten, lässt sich Anfang dieses Jahres nicht eindeutig beurteilen.

– Der zweite Kanal wäre eine *allgemeine Kreditverknappung*, die die Investitionstätigkeit verteuert und beeinträchtigt. Allerdings ist hier zunächst festzustellen, dass der Unternehmenssektor insgesamt nach wie vor einen erheblichen Finanzierungsüberschuss aufweist. Kreditverknappung findet gegenwärtig vor allem im Markt für Kredite an Finanzinvestoren zur Finanzierung von Übernahmen oder zum Kauf von Kreditpaketen statt. Dass dieser Markt zusammenbricht ist volkswirtschaftlich nicht schädlich, sondern sogar nützlich. Der zweite mögliche Gefährdungsbereich könnte die

Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen werden. Hier könnte eine bereits mit der Diskussion des Basel II Reglements im Vorgriff auf dessen Verabschiedung eingetretene Verknappung erneut verschärft werden. Auch das ist aber bislang nicht eingetreten, und es ist auch nicht zwingend. Es ist auch möglich, dass die Banken in der Krise die Vorteile des klassischen nichtspekulativen Kreditgeschäftes neu entdecken. Auf jeden Fall könnten die Sparkassen, die im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen ohnehin die stärksten Akteure sind, einer solchen Verknappung mit politischer Unterstützung gezielt gegensteuern.

– Der dritte und am wenigsten wahrscheinliche Kanal, über den die Finanzkrise nach Deutschland hineinwirken könnte, ist die Verminderung des privaten Konsums aufgrund der so genannten Vermögenseffekte. Diese bestehen darin, dass Wertpapierbesitzerinnen und -besitzer ihre laufenden Konsumausgaben nicht nur an ihren regelmäßigen Einnahmen, sondern auch an ihrem Gesamtvermögen orientieren und daher einschränken, wenn dieses aufgrund eines Börsencrashes stark an Wert verliert. Geringerer privater Verbrauch führt zu einer unmittelbaren Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Mit einer solchen Wirkungskette ist in Deutschland aber aus zwei Gründen nicht zu rechnen: erstens war der Einbruch der Börsenkurse bislang sehr viel schwächer als in der letzten Krise – knapp 30 Prozent gegenüber rund 75 Prozent. Aber auch wenn ihr Abwärtstrend weiter anhielte, würde das nicht zu geringeren Konsumausgaben führen, weil Aktienbesitz in Deutschland sehr viel weniger verbreitet ist als in den USA – unter 10 Prozent der Bevölkerung hier, über 40 Prozent dort – und sich sehr viel stärker auf die oberen Einkommensschichten konzentriert.

Die Finanzkrise kann einen konjunkturellen Abschwung unter ungünstigen Umständen beschleunigen und vertiefen. Seine Ursache

ist sie jedoch nicht, und daher muss auch der Versuch in aller Deutlichkeit zurückgewiesen werden, sie zur Begründung für Entlassungen und für Forderungen zum Verzicht auf höhere Löhne und Sozialleistungen anzuführen. Ein Eingehen auf diese Forderung würde einen verhängnisvollen Beitrag zu einem neuen Abschwung leisten. Im Übrigen haben große Institute wie die Deutsche Bank und die Allianz inmitten des Aufschwungs große Entlassungswellen durchgeführt. Die langfristigen Gefahren, die von der zunehmenden Bedeutung des Finanzsektors in Deutschland ausgehen, liegen nicht so sehr in den Finanzkrisen, sondern vor allem in dem Druck, den Finanzinvestoren auf die Unternehmen (zur Konzentration auf den „Shareholder Value“) und auf Regierungen (Steuersenkungen für Kapital) ausüben können und in aller Härte ausüben.

4. Die langfristigen Tendenzen: Niedrigere Einkommen, schlechtere Arbeit, größere Ungleichheit

Muster und Perspektive der aktuellen konjunkturellen Entwicklung werden die negativen langfristigen Entwicklungstrends in Deutschland nicht durchbrechen. Diese sind durch die Verfestigung einer Grundkonstellation gekennzeichnet, die durch zwei *ökonomische Basis- und zwei Folgetrends* bestimmt werden. Der *erste Basistrend* besteht darin, dass die **Produktivität pro Erwerbstätigenstunde stärker steigt als das Bruttoinlandsprodukt** (BIP). Dies zieht zwangsläufig eine Verminderung des Arbeitsvolumens nach sich. Die konjunkturellen Fluktuationen des BIP werden durch diesen Trend überlagert, der bewirkt hat, dass das Arbeitsvolumen zwischen 1991 und 2007 um 4,8 Prozent von knapp 60 auf knapp 57 Milliarden Arbeitsstunden gesunken ist. Gleichzeitig – *zweiter Basistrend* – **steigt** – wegen demografischer Entwicklungen, der

zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und der Wanderungsbewegungen – die **Zahl der Erwerbspersonen**, die auf den Arbeitsmarkt kommen und Arbeit suchen. Zwischen 1991 und 2007 belief sich die Zunahme auf rund 4 Prozent oder 1,7 Millionen Personen. Die Beschäftigungslücke, die sich aus diesen beiden – eigentlich positiven – Tendenzen ergibt, könnte durch höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum oder durch eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit oder durch eine Kombination von beidem geschlossen werden. Insbesondere im konjunkturellen Abschwung sollte das Wirtschaftswachstum energisch stimuliert werden. Langfristig ist ein dem kontinuierlichen Anstieg der Produktivität entsprechendes Wachstum aber weder erreichbar noch – schon allein aus ökologischen Gründen – ein erstrebenswertes Ziel. Eine energische Verkürzung der Arbeitszeit für die Beschäftigten stößt auf den erbitterten Widerstand der Unternehmen und wird von der vorherrschenden Politik nicht gewünscht. Was unter diesen Bedingungen bleibt, ist – *erster Folgetrend* – eine langfristig ansteigende Arbeitslosigkeit – Nullarbeit für die einen, keine kürzeren, sondern zum Teil sogar längere Arbeitszeit für die anderen. Dies ist der Weg, der in Deutschland seit nunmehr dreißig Jahren von den Unternehmen und den wechselnden Regierungen favorisiert und weitgehend durchgesetzt worden ist.

Die Massenarbeitslosigkeit dauert in Deutschland jetzt schon länger als ein Vierteljahrhundert an. Sie hat das ehemalige „Wirtschaftswunderland“, den gut entwickelten Sozialstaat, den ökonomischen Spitzenreiter in der EU gründlich verändert. Das langjährige Wachstum und die Investitionsquote der deutschen Wirtschaft liegen unter denen anderer Industrieländer, die öffentlichen Ausgaben in die ökonomische Infrastruktur rangieren an vorletzter Stelle in der OECD. Die internationale Vorbildrolle des deutschen Ausbildungs- und Bildungssys-

tems hat sich mittlerweile in eine Nachzüglerrolle verwandelt. Der Sozialabbau und die unter dem Druck öffentlicher Finanznot und privater Investoren vorangetriebene (Teil)Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesundheitsdienste und Alterssicherung haben große Löcher in das Netz sozialer Sicherheit gerissen. Hierdurch ist der gesellschaftliche Zusammenhalt brüchiger geworden, die soziale Sicherheit ist geringer, und die Armut – und hier insbesondere die Kinderarmut – erheblich angestiegen.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat sich als der wirksamste Hebel zur Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, der Kräfteverhältnisse und der Verteilung von Einkommen und Vermögen erwiesen. Sie ist zwar das soziale und gesellschaftliche Hauptübel, aber für die Unternehmen und eine unternehmensorientierte Politik ist sie von Vorteil, weil sie die neoliberalen Kräfte der Gegenreform unterstützt.

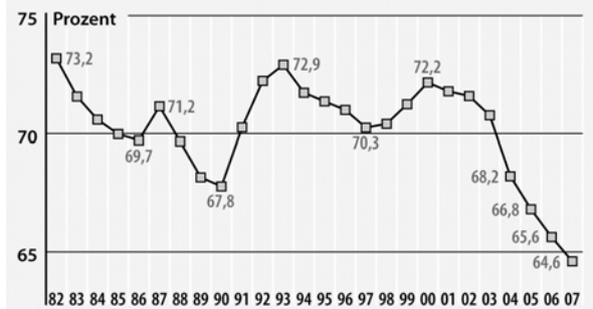
Das offensichtlichste Kennzeichen für den Erfolg dieser Gegenreform ist die Veränderung der Einkommensverhältnisse und die Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit. Schon in den 1970er Jahren setzte ein **Rückgang der Lohnquote** ein, der sich als *zweiter Folgetrend* in den 1980er Jahren fortsetzte und sich im laufenden Jahrzehnt massiv beschleunigt hat. Mittlerweile liegt der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen um mehr als 10 Prozentpunkte niedriger als Mitte der 1970er Jahre, die Profitquote ist entsprechend um 10 Prozentpunkte gestiegen.

Hier hat sich ein Teufelskreis etabliert, auf den wir schon in früheren Memoranden hingewiesen haben. Da der technische Fortschritt weder in den privaten Unternehmen noch im öffentlichen Sektor durch eine Kombination von Wachstum und Arbeitszeitverkürzung positiv verarbeitet wird, steigt die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit. Dies schwächt die Verteilungsposition der Beschäftigten und Gewerkschaften,

und das fördert die Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben. Diese wiederum schwächt auf der einen

DIE ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE IN DEUTSCHLAND

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen seit 1982



Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2008

Seite das Wachstum von Produktion und Beschäftigung und erhöht die Arbeitslosigkeit; auf der anderen Seite führt sie zur Aufblähung und zunehmenden Instabilität der Finanzmärkte. Es wäre unsinnig, zu erwarten, dass Marktkräfte aus diesem mittlerweile verfestigten Teufelskreis herausführen könnten. Diese haben ihn vielmehr verursacht – und er entspricht den Renditeinteressen und Machtpositionen vor allem der Finanzinvestoren und der Exportindustrie. Die langfristige Entwicklung in Deutschland ist durch die zunehmend falsche Verteilung von Arbeit, Einkommen und Macht gekennzeichnet.

5. Nach den Großprojekten des neoliberalen Umbaus

a. Die Großprojekte sind gelaufen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr nicht durch große Würfe profiliert, und auch in diesem Jahr wird die neoliberale Umbaupolitik vermutlich keine großen Durchbrüche mehr erzielen. Das liegt zum einen an den Konstellationen und Kräfteverhältnissen im Parlament und den Blockierungen in einer großen Koalition, in

der beide Blöcke in den Augen der Öffentlichkeit als die sozialere Seite erscheinen wollen. Es liegt auch daran, dass weitere neoliberale Großangriffe zurzeit wegen der zunehmenden öffentlichen Kritik und des zu erwartenden Widerstandes kaum durchzusetzen sind und deshalb auch mit Blick auf die Wahlen im nächsten Jahr verschoben werden. Der wichtigste Grund für die relative Stagnation der Politik dürfte aber sein, dass eine erste Welle zentraler Großprojekte der neoliberalen „Reform“politik weitgehend gelaufen oder auf den Weg gebracht sind, und ihre negativen Wirkungen sich allmählich zeigen. All diese Reformen haben wir bereits in früheren Memoranden ausführlich analysiert und kritisiert.

– Die **Arbeitsmarktreformen** (Hartz I – IV) haben starken Druck auf Arbeitslose wie Beschäftigte ausgeübt, ohne in nennenswertem Umfang neue reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Sie waren und sind vielmehr ein entscheidender Hebel zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse.

– Die **Rentenreformen** von 2001 und 2006 haben den Ausstieg aus dem System der umlagefinanzierten Alterssicherung eingeleitet und das Renteneintrittsalter erhöht; beides führt dazu, dass die Altersarmut in Deutschland zunehmen wird. Die jüngste öffentliche Empörung über die Tatsache, dass private Renten auf die Grundsicherung angerechnet werden, ist zwar berechtigt, übersieht aber, dass dies von Anfang an vorgesehen und ein wesentliches Moment dieser Reformen war und ist.

– Die **Gesundheitsreformen** haben den Katalog der von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) getragenen Leistungen ausgedünnt, die Patientinnen und Patienten durch Zuzahlungen belastet. Die Fehlkonstruktion des Gesundheitsfonds wird überdies dazu führen, dass die Konkurrenz unter Ärzten und Kassen zunimmt. Als Folge der dann absehbaren Konzentration wird die flächendeckende Versorgung mit medizinischen Leistungen weiter untergraben.

– Die zahlreichen **Steuerreformen** seit Beginn dieses Jahrzehnts – einschließlich der mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform – haben Spitzenverdiener, Unternehmen und Kapitaleigner durch die Senkung der Steuersätze sowie zusätzlich durch die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen massiv entlastet. Die positiven Entlastungen im unteren Bereich der Einkommensteuer sind aber durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und die Einführung und/oder Anhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen zu nichte gemacht worden.

– Die **Finanzmarktreformen** haben den deutschen Kapitalmarkt für internationale Finanzinvestoren attraktiv gemacht, und insbesondere die Tätigkeit hochspekulativer Akteure wie Hedgefonds erstmalig zugelassen. Das hat nicht nur zu einer neuen Welle von Finanzspekulationen in Deutschland geführt, sondern auch dazu, dass Finanzinvestoren das Management und die Beschäftigten in Unternehmen massiv unter Druck setzen und die Unternehmenskultur massiv verändern.

b. Minikorrekturen für den Wahlkampf.

Die Wirkungen dieser Reformen haben einen gemeinsamen Nenner: Sie führen zu einer stärkeren Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich, zu mehr Druck auf die Armen und größeren Freiheiten für die Reichen. Der zunehmende Reichtum ist in den letzten Monaten vor allem durch die Unersättlichkeit und Gier derer aufgefallen, die ihn haben. Dieser Unersättlichkeit hat die Politik keinen Riegel vorgeschoben, sondern sie hat sie seit langem steuerlich bedient und belohnt. Die jetzt in Ansätzen diskutierten gesetzlichen Reaktionen dienen mehr der Ruhigstellung des Publikums und der Positionierung für den kommenden Wahlkampf als der wirksamen Eindämmung exzessiver Gier und krimineller Steuerflucht. Wenn der Bundesfinanzminister jetzt damit droht, den Geschäftsverkehr mit

Liechtenstein zu beschränken, stellt sich die Frage, weshalb er und die Vorgängerregierungen von diesem Drohpotenzial nicht bereits in der Vergangenheit Gebrauch gemacht haben. Die „Steuersparmodelle“ in Liechtenstein – und in zahlreichen anderen „Steueroasen“ – sind jedenfalls seit langem einschlägig bekannt.

Auch das seit längerem in seinem Umfang und seiner Dynamik bekannte Problem steigender Armut greift die Politik erst sehr spät, unter externem Druck und in einer beschämend halbherzigen und unzureichenden Weise auf. Dass ältere Langzeitarbeitslose das reguläre Arbeitslosengeld I, für das sie in der Regel jahrzehntelang Versicherungsbeiträge gezahlt haben, statt wie bei Hartz IV vorgesehen für 12 oder 18 Monate jetzt für 15 (ab dem 50. Lebensjahr), 18 (ab dem 55. Lebensjahr) oder 24 (ab dem 58. Lebensjahr) Monate beziehen können, ist zwar ein Schritchen in die richtige Richtung, eine echte Korrektur einer falschen Weichenstellung stellt dies aber nicht dar. Die Neuerungen beim Kindergeld sind positiv zu beurteilen, reichen aber bei weitem nicht aus, das Problem der Kinderarmut angemessen und mit Aussicht auf Erfolg anzugehen. Die beabsichtigte steuerliche Erfassung von Veräußerungsgewinnen ist ein lauwarmer Tropfen auf einen sehr heißen Stein, und die Konstruktion der Erbschaftsteuer fällt eher in die Kategorie weiterer Steuerbegünstigungen für die Vermögenden.

Die in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten größeren Reformprojekte stagnieren zurzeit, weil die Beteiligten sich gegenseitig blockieren. Größere Durchbrüche sind hier in nächster Zeit vermutlich nicht zu erwarten. Allerdings ist es offensichtlich, dass die Projekte nicht fallengelassen, sondern nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben sind, zu dem die Kräfte für den neoliberalen Umbau günstiger stehen. Das gleiche gilt für Großangriffe des Neoliberalismus auf den Kündigungsschutz und die

Mitbestimmung, die im Regierungsprogramm der großen Koalition ausgeklammert worden sind, damit aber nicht von der Agenda des Neoliberalismus verschwunden sind.

c. Stillstand in der Föderalismuskommission II: In die Kategorie der Regierungsvorhaben, die sich ohne Fortschritte dahinschleppen, fällt auch der Versuch der „Föderalismuskommission II“, den Bundesländern und Kommunen die Spielräume der Fiskalpolitik gesetzlich zu verbauen. Nachdem in der Vorgängerkommission viele Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu abgegrenzt worden sind, geht es jetzt um die Neuordnung der Finanzbeziehungen. Nach dem Bundeshaushalt sollen nun auch die Haushalte der Länder und Kommunen durch eine gesetzliche „Schuldenbremse“ dem Diktat des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt unterworfen werden. Dies würde insbesondere die ärmeren und hoch verschuldeten Länder hart treffen, die aufgrund ihrer jährlichen Zinszahlungen ohnehin zumindest bis 2019 kaum mehr ausgeglichene Haushalte aufstellen können. Als Zuckerbrot für diese Länder wurde von den Kommissionsvorsitzenden die Einrichtung eines Entschuldungsfonds ins Gespräch gebracht, der einen Teil der jährlichen Schuldenbelastungen übernehmen und somit die Peitsche Schuldenbremse ausgleichen soll.

Die Einrichtung eines Entschuldungsfonds wäre zu begrüßen und böte die Möglichkeit, die nicht selbst verschuldeten Finanzprobleme insbesondere der schwächeren Länder auf solidarische Weise zu lösen. Die gleichzeitige Einrichtung einer Schuldenbremse muss dagegen als eine parlamentarische Selbstentmachtung abgelehnt werden. Abzulehnen ist auch der Versuch, einen stärkeren Steuerwettbewerb zwischen den Ländern dadurch zu organisieren, dass den Ländern erlaubt wird, länderspezifische Zu- und Abschläge auf die Einkommen- und

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Körperschaftsteuer vorzunehmen; denn dies würde zwangsläufig zu einer ruinösen Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern führen. Dies ist heute schon in gewissem Maße der Fall, weil einige Länder in gesetzeswidriger Weise den Steuereinzug mit regionaler Wirtschaftsförderung kombinieren: Sie staten ihre Steuerverwaltungen systematisch mit zu wenigen Beamten aus, um Unternehmen gegenüber mit dem Standortargument zu werben, bei der Besteuerung würde nicht so genau hingesehen. Eine Bundessteuerverwaltung könnte diesem absurden Wettbewerb ein Ende bereiten, aber dem verweigern sich die meisten Länder konsequent.

Die Gesamtgemengelage in der Föderalismuskommission II ist derzeit allerdings so verfahren, dass sich gegenwärtig weder für die wünschenswerten, noch für die abzulehnenden Vorschläge die nötigen Mehrheiten finden. Dies ist durchaus positiv zu werten, da die wünschenswerten Vorschläge – Entschuldungsfonds und Bundessteuerverwaltung – nur das bescheidene Trostpflaster für die eigentlich im Vordergrund stehenden ökonomischen Fehlprojekte – Schuldenbremse und Steuerkonkurrenz – wären.

d. In der *Konjunkturpolitik* spielt die Diskussion über staatliche Schulden allerdings eine große und verhängnisvolle Rolle. Sie steht im Hintergrund der skandalösen Weigerung der Bundesregierung, angesichts des drohenden Abschwungs ein Konjunkturprogramm zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung aufzulegen, mit dem sie verhindern könnte, dass die Arbeitslosigkeit wieder ansteigt. In diesem Zusammenhang erweist sich die mittlerweile fast bis zur Besessenheit gesteigerte Verteufelung staatlicher Verschuldung als kontraproduktiv und gefährlich. Wenn die staatliche Neuverschuldung im vergangenen Jahr zum ersten mal seit 20 Jahren auf Null sank, ist dies vor allem auf die infolge des wirtschaftlichen Wachstums stärker fließenden Steuerein-

nahmen zurückzuführen. Wenn sich die Politik jetzt in einer Situation des drohenden Abschwungs weiterhin am „Nulldefizit“ ausrichtet, ist dies kontraproduktiv und gefährlich. Die Politik sollte dem Abschwung vielmehr durch ein öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm entgegensteuern, das zum überwiegenden Teil kreditfinanziert sein sollte. Wir sind in den vergangenen Jahren immer wieder der teilweise hysterischen, teilweise aus Missverständnissen stammenden, teilweise aus wohlkalkulierten neoliberalen Interessen vorgebrachten Verteufelung staatlicher Neuverschuldung entgegengetreten. Wir sind keine Schuldenfanatiker, lehnen es aber ab, ein wichtiges und vernünftiges wirtschaftspolitisches Instrument zur Stabilisierung der Konjunktur und zur Finanzierung vor allem langfristig bereitzustellender öffentlicher Güter aus ideologischen Gründen zu verwerfen. Prinzipiell vertreten wir den Standpunkt, dass reguläre Staatsausgaben aus Steuereinnahmen zu finanzieren sind. Staatliche Neuverschuldung ist immer dann zur wirtschaftlichen Stabilisierung erforderlich, wenn die aus anderen Quellen gespeiste gesamtwirtschaftliche Nachfrage – vor allem wegen unzureichender Löhne und wegen Steuersenkungen für die oberen Einkommensschichten und Unternehmen – nicht ausreicht, das Produktionspotential auszulasten und weiter zu entwickeln. Der Einsatz kreditfinanzierter Programme zur Stabilisierung der Konjunktur behindert nicht private Investitionen sondern stimuliert sie; schuldenfinanzierte Investitionen in ökologischen Umbau, Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur stellen keine Belastung künftiger Generationen dar, sondern sichern deren Zukunft. Staatsschulden verändern auch nicht die Einkommensverteilung, sondern reproduzieren nur die ohnehin existierende Schieflage der Verteilung.

e. Trotz aller sonstigen Halbherzigkeit scheint die Bundesregierung jedoch ent-

schlossen, als letztes größeres „Reform“-projekt in dieser Legislaturperiode die *Privatisierung der Deutschen Bahn AG* noch in diesem Jahr einzuleiten und abzuschließen. Damit wäre dann nach der Telekom und der Post das letzte große öffentliche Infrastrukturunternehmen des Bundes privatisiert. Die Deutsche Bahn gehört mit 230.000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 30 Milliarden Euro zu den größten Arbeitgebern Deutschlands. Ihre Privatisierung – nach welchem der verschiedenen diskutierten Modelle auch immer – würde den ausdrücklichen Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung missachten, die sich für einen Verbleib der Bahn in öffentlichem Eigentum ausspricht. Demgegenüber verfolgt das Management des Konzerns allerdings vorrangig das Interesse, seine Position als Global Player zu festigen und seine Entwicklung zum „weltweit führenden Mobilitäts- und Logistik-Konzern“ voranzutreiben. Dies entspricht auch dem Interesse von Finanzinvestoren an der Öffnung eines mittlerweile hochprofitablen Unternehmens zum Zwecke der Profitmaximierung. Dieses Interesse dürfte allerdings in kurzer Zeit mit dem öffentlichen – und grundgesetzlich in Art. 87e, Abs. 3 GG festgelegten – Auftrag in Konflikt geraten, demzufolge der „Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen (...) Rechnung getragen wird.“ Die Erfahrungen mit der Privatisierung von Infrastrukturen in Europa sind alles andere als positiv. Das abschreckendste Beispiel in dieser Hinsicht ist Großbritannien. Als positives Gegenbeispiel ist die in öffentlichem Eigentum befindliche und betriebene Eisenbahn der Schweiz zu nennen.

6. Alternativen

6.1 Wege zur Vollbeschäftigung

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat immer wieder betont, dass die anhaltende Arbeitslosigkeit das zentrale Problem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland ist. Dies ist trotz der leichten Belegung am Arbeitsmarkt auch heute nach wie vor der Fall. Entsprechend ist eine wirksame Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung der Ansatzpunkt für die Lösung dieses Problems. Dabei geht es nicht einfach darum, mit allen Mitteln möglichst viele Arbeitsplätze ohne Rücksicht auf deren Qualität zu schaffen. Vollbeschäftigung erfordert *mehr und bessere* Arbeitsplätze oder „gute Arbeit“ für alle, die arbeiten wollen und können. Die Qualität der Arbeit bezieht sich dabei auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen (paritätische Mitbestimmung, Kündigungsschutz, unbefristete Arbeitsverhältnisse, keine Diskriminierungen am Arbeitsplatz etc.), eine zur selbstständigen Lebensführung befähigende Bezahlung, sowie die Möglichkeiten, die eigenen Qualifikationen anzuwenden und weiter zu entwickeln. Vollbeschäftigung in diesem Sinne fördert selbstbewusste Menschen und somit demokratische Diskussionen, Prozesse und Strukturen. Sie ist im Übrigen ein wesentlicher Faktor zur Bewältigung künftiger demografischer Belastungen.

Was wäre notwendig, um in Deutschland das Vollbeschäftigungsziel wieder zu erreichen? Im Wesentlichen sind drei Ansatzpunkte zu nennen:

- öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme,
- energische Arbeitszeitverkürzungen und
- die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung.

a. Öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage muss eine anhaltende Stärkung erfahren. Dazu ist neben kräftigen Steigerungen der Masseneinkommen vor allem eine Ausweitung der staatlichen Zukunftsinvestitionen erforderlich. Die „Sanierung“ der öffentlichen Haushalte muss den bisherigen Weg verlassen und auf Gegenkurs steuern. Die Steigerung, nicht die Absenkung der Staatsquote ist geboten. Die wachstums- und beschäftigungspolitisch erfolgreichen skandinavischen Länder zeigen das: ihre Staatsquoten und entsprechend auch die Steuerquoten liegen weit über dem Durchschnitt der OECD-Länder – und selbstverständlich über dem deutschen Wert. Höheres Wachstum und Beschäftigungsexpansion sind die besten Mittel, um die Staatsverschuldung zu senken. Auch das lässt sich vom „schwedischen Modell“ lernen: der schwedische Staatshaushalt wies in der jüngeren Vergangenheit Überschüsse auf. Auch in Deutschland hatte sich in Folge des stärkeren Wirtschaftswachstums die staatliche Nettokreditaufnahme in Abgrenzung der Finanzstatistik von 49,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 um 16,2 Milliarden Euro auf 33,4 Milliarden Euro 2006 reduziert, 2007 war sie gar auf Null gesunken. Ein solcher Erfolg war in der Vergangenheit – obwohl immer wieder als Konsequenz staatlicher „Spar“politik angekündigt – ausgeblieben. Anstatt an den positiven Erfahrungen, die sich bereits durch einen etwas weniger harten Restriktionskurs im Jahr 2006 eingestellt hatten, anzuknüpfen, wurde 2007 die Schrumpfpolitik wieder intensiviert. Allein die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent belastete die Nachfrage im Jahr 2007 mit fast 24 Milliarden Euro. Hinzu kamen und kommen weitere Belastungen des Konsums durch die Kürzungen beim Sparerfreibetrag, bei der Versicherungssteuer, durch höhere Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge etc. Daran ändern auch die mehrfache Senkung der

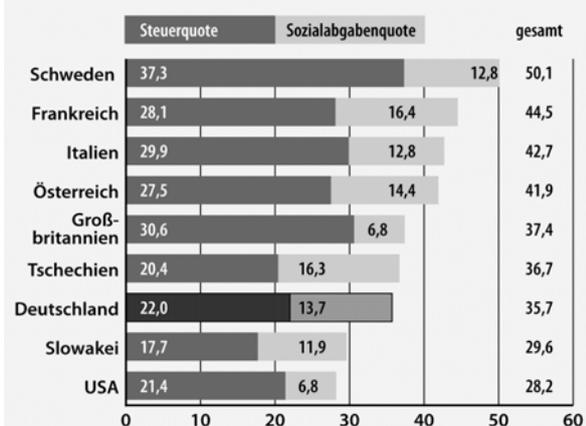
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und das groß angekündigte „Investitionsprogramm“ nichts, das mit 25 Milliarden Euro über vier Jahre verteilt viel zu klein angelegt wurde. Rechnet man alles zusammen, wurde der Wirtschaft 2007 durch die finanzpolitischen Maßnahmen des Staates per Saldo Nachfrage in Höhe von über 23 Milliarden Euro entzogen. Die öffentlichen Ausgaben sind im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung heute deutlich niedriger als vor 30 Jahren. Im öffentlichen Dienst arbeiten erheblich weniger Menschen als 1990 in der alten Bundesrepublik. Das Gerede vom „Moloch Staat“ geht an der Realität vorbei und ist nichts weiter als ideologische Angstpropaganda der Renditeritter.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert seit langem ein öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm, das im Laufe von drei Jahren die Höhe von 75 Milliarden Euro erreichen soll. Trotz der hohen absoluten Beträge handelt es sich um ein Programm, mit dem die öffentlichen Investitionen lediglich wieder europäisches Maß erreichen, aber immer noch hinter skandinavischen Standards zurückbleiben würden. Es wäre aber ausreichend dimensioniert, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf ein höheres Niveau zu heben und seine Struktur und Qualität zu verbessern. Schwerpunkte der Investitionen betreffen den ökologischen Umbau und die ökologische Sanierung (30 Milliarden Euro), zusätzliche Mittel für Ostdeutschland (15 Milliarden Euro) und ein Bildungs- und Kulturförderungsprogramm (30 Milliarden Euro). Die Mittel für die Finanzierung dieses Investitions- und Beschäftigungsprogramms lassen sich – wie wir ebenfalls in den letzten Memoranden im Detail belegt haben – durch eine wirksamere und gerechtere Steuerpolitik aufbringen: Eckpunkte sind neben der strikten Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, Steuerflucht und Steuerhinterziehung die Erhöhung der Kör-

perschaftsteuer auf 30 Prozent, der Anstieg des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 48 Prozent, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer, die zu einem deutlich höheren Aufkommen führen. Darüber hinaus würde eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik zu mehr Steuer- und Beitragseinnahmen und damit zu einer erheblichen Entlastung der öffentlichen Haushalte führen. Für diesen Teil kön-

STEUER- UND ABGABENQUOTEN IM VERGLEICH

2006, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: OECD, Revenue Statistics 2007

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2008

nen die Staatsausgaben durch die Aufnahme öffentlicher Schulden vorfinanziert und später aus den höheren Steuereinnahmen zurückgezahlt werden.

b. Arbeitszeitverkürzungen. Der nachhaltige Anstieg der Massenkaukraft und die Ausweitung der öffentlichen Investitionen würden das Wirtschaftswachstum auf Dauer erhöhen. Dies ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Dazu wären Wachstumsraten erforderlich, die weder machbar sind, noch sich ökologisch verantworten ließen. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung erfordert zusätzlich den langfristigen Trend der Arbeitszeitverkürzung zu fördern und aktiv zu gestalten. Ein ambitioniertes nachfrageorientiertes Wachstums-

programm und Maßnahmen zur nachhaltigen Reduzierung der individuellen Arbeitszeit sind die zwei Seiten eines alternativen Wirtschaftsprogramms. Wenn es nicht dazu kommt, so liegt das einzig und allein an den Machtverhältnissen im globalisierten Kapitalismus. Vollbeschäftigung ist möglich, sie muss aber politisch gewollt und durchgesetzt werden.

Das theoretische beschäftigungspolitische Potenzial von Arbeitszeitverkürzungen kann durch folgende schematische Überlegung verdeutlicht werden. Geht man rechnerisch ohne Teilzeitarbeit von einer ausschließlichen *Vollzeitbeschäftigung* und einer 40-Stundenwoche und 45 Arbeitswochen pro Jahr aus (also 1.800 Arbeitsstunden pro Beschäftigten und Jahr), so würde das Arbeitsvolumen von 56 Milliarden Stunden rund 31 Millionen Erwerbstätige erfordern. Da das Erwerbspersonenpotenzial aber bei 44 Millionen Personen liegt, ergäbe sich eine Beschäftigungslücke – Arbeitslosigkeit im weitesten Sinne – von ca. 13 Millionen Menschen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine Gleichverteilung des Arbeitsvolumens auf alle 44 Millionen Erwerbspersonen die individuelle Jahresarbeitszeit auf 1.273 Stunden pro Person und bei 45 Arbeitswochen auf eine individuelle Wochenarbeitszeit von ca. 28 Stunden pro Woche senken würde und dies ausreicht, um das heutige Bruttoinlandsprodukt bereitzustellen. Wenn dies auch nur eine rechnerische Größe ist, so zeigt sie dennoch, dass zur gerechten Verteilung von *Voll-Arbeitszeit* und einem daraus ableitbaren *auskömmlichen Einkommen* kein Weg an einer Arbeitszeitverkürzung zur gleichzeitigen Realisierung einer weitgehend vollbeschäftigten Wirtschaft vorbei führt. Daran ändert auch ein demografisch bedingter Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots nichts. Außerdem trägt die kollektiv und damit flächendeckend vereinbarte Arbeitszeitverkürzung nicht nur zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit bei. Sie

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

bietet auch die Chance, durch eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen und durch die Umverteilung der Reproduktionsarbeit an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu rütteln. Und natürlich schafft Arbeitszeitverkürzung auch Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeit, sie reduziert die fremdbestimmte Zeit im kapitalistischen Produktionsprozess und erweitert so den täglichen Anteil an Freiheit und Muße bzw. selbst bestimmter Zeit.

Einen Königsweg oder ein Universalmodell der Arbeitszeitverkürzung gibt es nicht. Wichtig ist allerdings, dass das zukünftig aufgrund weiter voranschreitender Produktivitätsentwicklungen gesamtwirtschaftlich benötigte Arbeitsvolumen fair aufgeteilt wird. Mehr Teilzeitarbeit ist nur dann eine akzeptable Teillösung, wenn sie freiwillig gesucht wird und mit voller sozialer Sicherung verbunden ist. Als Notlösung wegen des Fehlens von Vollzeitarbeitsplätzen oder als typische Frauenbeschäftigung, die kein auskömmliches Einkommen sichert, ist sie jedoch abzulehnen. Die Zielorientierung sollte eher lauten: *Kurze Vollzeit für alle*. Damit erhält die Verkürzung der individuellen Wochenarbeitszeit einen besonderen Stellenwert.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit geht es immer um *Umverteilung* von Arbeitszeit *und* Einkommen und sie ist deshalb immer konfliktgeladen. Es ist ökonomisch einleuchtend, dass es in Zeiten eines *Überschussangebots an Arbeitskräften* für Gewerkschaften schwieriger ist, den Preis, d.h. den Lohn, für die Arbeitskraft zu steigern bzw. Lohnerhöhungen durchzusetzen. Arbeitszeitverkürzung kann und sollte bei *volem Lohnausgleich* vorgenommen werden. Dies ist nicht nur zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Beschäftigten erforderlich, sondern auch gesamtwirtschaftlich vernünftig. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich lässt sich in verschiedenen Varianten realisieren, die allesamt posi-

tive Wirkungen für die Beschäftigung haben.

c. Ausweitung öffentlicher Beschäftigung. Im Laufe der Jahrzehnte anhaltenden Massenarbeitslosigkeit sind Gruppen arbeitsmarktferner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herausgebildet, die auch dann auf absehbare Zeit keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt hätten, wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt deutlich sänke. Um diesen Gruppen zu einer gesellschaftlich anerkannten und bezahlten Beschäftigung zu verhelfen, fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* seit langem den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung in längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen. Dieser Bereich leistet einen Beitrag zur Befriedigung eines wachsenden Bedarfs an notwendiger öffentlich zu leistender Arbeit, und er ermöglicht den dort Arbeitenden – im Gegensatz zu prekären Beschäftigungsverhältnissen in der privaten Wirtschaft oder in neofeudalen Ausbeutungsverhältnissen in privaten Haushalten – ein auch ökonomisch einigermaßen planbares Leben. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* lehnt deshalb auch die von der Bundesregierung bereits realisierte und erst recht den geplanten weiteren Ausbau staatlicher Subventionierung von Arbeitsplätzen in privaten Haushalten ab. Sie fördert eine Refeudalisierung gesellschaftlicher Strukturen und ist im Kern nichts anderes als eine verdeckte Steuersubvention für Einkommens- und Vermögensreiche.

6.2 Kontrolle der Finanzmärkte

Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die deutsche Wirtschaft nicht genau abschätzbar sind, stellen die Instabilität der Finanzmärkte und die Aktivität der Finanzinvestoren unkalkulierbare Risiken und Gefahrenpotenziale dar, denen die Politik energisch

entgegensteuern sollte. Mit mehr Transparenz ist es dabei nicht getan, denn diese verhindert weder kumulativ wirkendes Herdenverhalten noch den auf kurzfristige Renditemaximierung gerichteten Druck von Finanzinvestoren auf Unternehmensführungen. Zur Verhinderung übermäßiger Finanzspekulationen sollten demnach – möglichst in europäischer Kooperation, notfalls aber auch im deutschen Alleingang – folgende Maßnahmen ergriffen werden:

– Alle Arten von **Steuerprivilegien für Finanzinvestoren sind unverzüglich zu beseitigen**. Dies betrifft insbesondere die Steuerbefreiung oder -ermäßigung von Veräußerungsgewinnen sowie so genannter „durchlaufender“ Gewinne und die Einkünfte von Finanzmanagerinnen und Finanzmanagern.

– Die **Verbriefung, Bündelung und Veräußerung von Krediten** durch Banken ist als Umgehung der gesetzlichen Eigenkapitalanforderungen zu werten und zu **verbieten oder zumindest von der ausdrücklichen Genehmigung durch die Finanzaufsichtsbehörden abhängig zu machen**. Bei genehmigten Veräußerungen von Kreditpaketen muss das Kreditrisiko bei den Banken bleiben und mit Eigenkapital unterlegt werden. Ausländische Tochtergesellschaften deutscher Finanzinstitute müssen in der inländischen Bilanz ausgewiesen und konsolidiert werden.

– Die **Kreditaufnahme durch Finanzinvestoren zur Finanzierung von Übernahmen** sollte drastisch eingeschränkt werden, da sie, als Maßnahme zur Steigerung der Eigenkapitalrendite für die Vermögensbesitzerinnen und -besitzer, zusätzliche Risiken ins Finanzsystem bringt und im Übrigen zu einer nicht gewollten Expansion der Geld- und Kreditmenge beiträgt. Die Beschränkung kann zum Beispiel durch die Festsetzung einer Fremdfinanzierungsgrenze – z.B. 40 Prozent – für Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren erfolgen.

– Zum Schutz von zukünftigen Rentnerinnen und Rentnern vor einer Verminderung oder dem Verlust ihrer Alterseinkünfte sollte die **Investition von in Deutschland zugelassenen Pensionsfonds in Hedgefonds und Private Equity Fonds, Derivate und Devisen verboten, sowie in Aktien strikt begrenzt werden**. Im Übrigen sollte die Politik auf die Förderung privater Pensionsfonds verzichten und so weit wie möglich zum zuverlässigeren, billigeren und gerechteren flächendeckenden Umlageverfahren zurückkehren. Alterseinkünfte dürfen nicht zum Spielball von Finanzspekulation gemacht werden.

– **Unternehmen und Beschäftigte sollten besser vor Ausplünderung durch Finanzinvestoren geschützt werden**. Geeignete Mittel dazu sind beispielsweise die Bindung des Stimmrechts bei Kapitalgesellschaften an eine bestimmte Mindesthaltedauer der Kapitalanteile durch die Eigentümer. Vor allem aber sollte die betriebliche und Unternehmensmitbestimmung soweit ausgedehnt werden, dass sie den Beschäftigten und den Gewerkschaften die Möglichkeit gibt, Übernahmen durch Finanzinvestoren zu verhindern.

– Das **Geschäftsmodell öffentlicher Banken muss grundsätzlich neu ausgerichtet und auf die Erfüllung öffentlicher Aufträge und Dienste orientiert werden**. Dazu gehören die Förderung politisch gewollter regionaler und überregionaler Entwicklungslinien und Strukturen – wie z.B. Umbau der Energieversorgung und der Verkehrssysteme – sowie die Unterstützung mittelständischer Unternehmensstrukturen im Handwerk, der Landwirtschaft und bei regionalen Dienstleistungen. Öffentliche Finanzinstitutionen dürfen sich nicht in spekulativen Geschäften engagieren und sollen keinen Positionen als internationale oder globale Player anstreben, wohl aber bei Bedarf mit europäischen oder anderen ausländischen Unternehmen kooperieren.

6.3 Umverteilung von oben nach unten

Den spekulativen Exzessen, Blasen, Crashes und insgesamt den Instabilitäten der Finanzmärkte liegen letztlich die gleichen Ursachen zugrunde wie der anhaltenden Arbeitslosigkeit, der Prekarisierung der Arbeit und dem Anstieg der Armut. Die seit dreißig Jahren mit nur sehr kurzen Unterbrechungen anhaltende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben hat nicht nur zu der neuen Unterschicht (dem „abgehängten Prekariat“), sondern auch zu einer Oberschicht geführt, deren Vermögen die Finanzmärkte auf der ständigen Suche nach neuen Renditequellen destabilisiert. Eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte ist – ebenso wie eine nachhaltige Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und eine zuverlässige Verbesserung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit für die meisten Menschen – nur möglich, wenn dieser Trend gestoppt und umgedreht, also eine Umverteilung von oben nach unten eingeleitet wird.

Die wichtigste Korrektur gegen den Verfall der Masseneinkommen sind **kräftige Steigerungen der Löhne und Gehälter**. Wir begrüßen es, dass in jüngster Zeit die Gewerkschaften offensichtlich bereit sind, hierfür harte Konflikte in Kauf zu nehmen. Wie sich zeigt, sind Erfolge in diesen Auseinandersetzungen durchaus möglich, und dies ist nicht nur gut für die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deutliche Reallohnsteigerungen können auch das gesamtwirtschaftlich entwicklungshemmende Missverhältnis zwischen Gewinnen als Quelle der **Kapazitätsentwicklung** und Löhnen und Gehältern als Hauptelement der **Kapazitätsauslastung** zurechtrücken. Sie fördern Wachstum und Beschäftigung und halten den weiteren Verfall des sozialen Zusammenhaltes auf. Die Dimensionen, um die es hier geht, können an der schematischen Überlegung verdeutlicht werden, dass eine Aufteilung des Volkseinkommens des

Jahres 2007 entsprechend einer unveränderten Lohnquote des Jahres 2000 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 114 Milliarden Euro mehr und den Unternehmerinnen, Unternehmern, Vermögensbesitzerinnen und -besitzern den gleichen Betrag weniger an Gewinn, Zinsen, Miet- und sonstigen Kapitaleinkommen gebracht hätte. Da die Konsumquote von unselbstständig Beschäftigten sehr viel höher ist als die von Selbstständigen oder Vermögenden, hätte dies zu einer erheblich höheren Verbrauchsnachfrage geführt, die mehr Produktion und Beschäftigung nach sich gezogen hätte.

Über die allgemeine Steigerung der tariflichen und effektiven Löhne und Gehälter hinaus sind aber auch besondere Maßnahmen für die Menschen erforderlich, die niedrige Einkommen haben und von Armut bedroht sind. Hier sind in erster Linie zu nennen

– die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** von 1.500 Euro monatlich für Vollzeitarbeitende. Dieser Betrag liegt bei zwei Dritteln der im Jahre 2007 durchschnittlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter. Bei einer durchschnittlichen monatlichen Regelarbeitszeit von 160 Stunden entspricht er einem Stundenlohn von 9,38 Euro. Im Zuge der von uns geforderten Arbeitszeitverkürzung müsste er entsprechend steigen.

– die volle Rücknahme der Hartz IV-Regelung und die **Verlängerung der Bezugsdauer des regulären Arbeitslosengeldes** auf mindestens 32 Monate, ohne Verschärfung von Zumutbarkeitsregeln.

– die Einführung einer **bedarfsorientierten Grundsicherung** in Höhe von 1.000 Euro (2006: 940 Euro) mit Zuschlägen von 500 Euro für Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren und 300 Euro für Kinder unter 14 Jahren. Die Dynamisierung dieser Grundsicherung erfolgt entsprechend der Inflationsrate.

Die Milderung exzessiver Einkommens- und Vermögenssteigerungen der Oberschicht kann durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- **Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes** für Einkommen auf 48 Prozent plus Solidaritätszuschlag, des Körperschaftsteuersatzes auf 30 Prozent;
- **Rücknahme der ab 2009 vorgesehenen Abgeltungsteuer** für Kapitalerträge und die sofortige Streichung der Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne;
- Die **Wiederbelebung der Vermögensteuer für private Haushalte** durch angemessene Bewertung des Grund- und Immobilienvermögens. Die Steuer soll 1 Prozent des besteuerten Vermögens betragen, bei einem Freibetrag von 300.000 Euro für Ehepartnerin bzw. Ehepartner und 100.000 für jedes Kind.
- die **Einführung der Erbschafts- und Schenkungsteuer** für private Haushalte, die ein um 8 Milliarden Euro höheres Aufkommen erbringen würde. Auch für die betriebliche Erbschaftsteuer ist eine Regelung angemessen, die auf jeden Fall zur Zahlung der Steuer führt, und diese nicht, wie aktuell vorgesehen, erst gestundet und dann erlassen wird.

Kampf gegen Steuerflucht. Es hat sich in jüngster Zeit erneut gezeigt, dass die Oberschicht nicht nur über Privilegien in Form von extrem hohen Vermögen und Vermögenserträgen, Gehältern, Sonderzahlungen und Abfindungen verfügt, die durch niedrige Steuern, Steuerbefreiungen und zahlreiche Steuergestaltungsmöglichkeiten ergänzt werden. Viele ihrer Mitglieder haben zur weiteren Bereicherung darüber hinaus offensichtlich auch zu kriminellen Methoden gegriffen. Die darin zum Ausdruck kommende Kombination von Gier und moralischer Verwahrlosung diskreditiert nicht nur die unmittelbar kriminell Tätigen und ihre zahlreichen Helfer in und außerhalb von Banken und Finanzinstituten. Sie vergiftet

auch das gesellschaftliche Klima und untergräbt die politische Stabilität, die auf Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln und die Geltung der Gesetze für alle angewiesen ist. Nicht zuletzt entzieht sie den öffentlichen Haushalten Mittel enormen Ausmaßes, die dringend zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben benötigt würden, stattdessen aber hinterzogen und in Steuerparadiese und Offshore-Zentren gebracht werden. Die Deutsche Steuergewerkschaft geht z.B. von jährlichen Steuerausfällen von 30 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung aus. Um diese Entwicklung zu stoppen, sollte die Bundesregierung endlich auf nationaler und internationaler Ebene beherzte Schritte unternehmen:

National sollte sie die Zahl und Intensität von **Steuerprüfungen und -fahndungen ausweiten** und Steuerhinterziehung und Steuerbetrug konsequent als Straftat verfolgen. Dazu muss sie auch die Personalausstattung der Ländersteuerverwaltungen deutlich aufstocken, möglichst auf dem Wege einer Bundessteuerverwaltung. Komplexe, kaum durchschaubare Steuersparmodelle sollten gesetzlich unterbunden werden. International sollte die Regierung konsequent auf die **Stillegung oder Austrocknung von Steueroasen und Offshore-Zentren** hinarbeiten, die den Steuerkriminellen als Fluchtort dienen und sich ihnen als eben diese andienen. Dies fällt der Bundesregierung aber nicht zuletzt deshalb so schwer, weil sie selbst eine leidenschaftliche Verfechterin des internationalen Steuerwettbewerbs ist und dadurch die Unterscheidung zwischen „Ländern mit gutem Steuerwettbewerb“ und „bösen Steueroasen“ zur politischen Willkür verkommt. Daher muss dem gesamten neoliberalen Konzept der internationalen Steuerkonkurrenz der Kampf angesagt werden. Dazu gehört es auch, nicht weiter durch Steueranreize Investoren aus anderen EU-Ländern nach Deutschland abzuwerben.

In der praktischen Steuereintreibung müsste auch die Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden anderer Staaten intensiviert werden. Der Fall Zumwinkel und Liechtenstein hat gezeigt, dass sich die Kooperationsbereitschaft dabei durchaus mit politischem Druck, wie z.B. der Drohung mit einer Einschränkung des Geschäftsverkehrs, erhöhen lässt. Die USA wenden dieses Mittel mit Erfolg gegenüber Steueroasen und Offshore-Zentren an.

7. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht

Die Analysen und Überlegungen in unserem diesjährigen Memorandum durchzieht als ein roter Faden die These, dass eine gemeinsame Ursache der vielfältigen ökonomischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Probleme in Deutschland in einer zunehmend falschen Verteilung liegt: eine falsche Verteilung von Einkommen führt zum Stocken der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zu wachsender Armut und Polarisierung sowie zur spekulativen Überhitzung der Finanzmärkte. Eine falsche Verteilung von Arbeit verhindert, dass die positiven Wirkungen langfristiger Produktivitätssteigerungen und des damit verbundenen sinkenden Arbeitsvolumens in kürzere Arbeitszeit in einer vollbeschäftigten Wirtschaft umgesetzt werden; stattdessen führt steigende Produktivität zu Massenarbeitslo-

sigkeit und längerer und schlechterer Arbeit. Eine falsche Verteilung von Macht und Einflussmöglichkeiten der Menschen auf die Politik schließlich hat zu einer Wirtschaftspolitik geführt, die in erster Linie die Reichen bedient, sich von den Bedürfnissen und Problemen der meisten Menschen immer weiter entfernt und so die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft untergräbt.

Eine über den Tag hinausreichende Korrektur dieser langfristigen Fehlentwicklung bedarf auf Dauer einer grundlegenden Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Eine Neuverteilung von Einkommen stärkt dauerhaft den privaten und öffentlichen Konsum und festigt dadurch auch den sozialen Zusammenhalt. Eine Neuverteilung der Arbeit kann die Arbeitslosigkeit überwinden und die Fortschritte steigender Produktivität allen Menschen zugute kommen lassen. Und eine Neuverteilung von Macht ist notwendig, um den Widerstand derer zu überwinden, die als kleine, aber mächtige Gruppe von den insgesamt schädlichen Zuständen profitieren und um die Demokratie auch in der Wirtschaft zu stärken. Eine andere Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit der Menschen ist machbar. Sie bedarf aber neben guten und überzeugenden Argumenten auch der Bereitschaft und Fähigkeit, diese im Konflikt gegen mächtige Minderheiten durchzusetzen.